

Pakistan im Überblick

zusammengestellt von Thomas Bärthlein

Sicherheitslage weiter verschlechtert

In den vergangenen Monaten haben militante Islamisten wie die Taliban ihre Anschläge zunehmend über die autonomen Stammesgebiete an der afghanischen Grenze hinaus ausgedehnt. Besonders der Pandschab war betroffen: Am 3. März wurde das Cricket-Team von Sri Lanka auf dem Weg zu einem Länderspiel im Gadhafi-Stadion von Lahore mitten im Stadtzentrum von einer Gruppe Bewaffneter unter Beschuss genommen. Zwar kam glücklicherweise keiner der Cricket-Spieler ums Leben, doch wurden sechs Polizisten und zwei Zivilisten getötet. Die Auswirkungen für das Image Pakistans in der Region waren verheerend. Ein ähnlicher Anschlag folgte am 30. März am Stadtrand von Lahore, nahe dem Grenzübergang Wagah zu Indien, als etwa zehn Bewaffnete eine Polizeiakademie über Stunden in ihre Gewalt brachten. Acht Polizei-Rekruten und ein Zivilist kamen dabei ums Leben. Beide Attacken folgten in etwa dem Muster der Angriffe in Mumbai Ende November. Am 4. und 5. April gab es zwei Selbstmordanschläge in Islamabad und auf eine schiitische Moschee in Chakwal in der Nähe der Hauptstadt. Mittlerweile hat ein Anführer der pakistanischen Taliban zwei Selbstmord-Angriffe pro Woche in Aussicht gestellt. Aus Angst vor Gerüchten über bevorstehende Terroranschläge schicken viele Eltern in Lahore ihre Kinder nur noch unregelmäßig in die Schule.

Taliban weiter auf dem Vormarsch

Die Anschläge im von Paschtunen bewohnten Nordwesten des Landes lassen sich kaum noch zählen; die Zahl der Toten geht in die Hunderte. Besonders pakistanische Sicherheitskräfte wie Polizei, Paramilitärs und Armee, Gegner der Taliban und Schiiten sind im Visier der militanten Gruppen. Auch die Versorgungslinien der NATO-Truppen in Afghanistan wurden wieder mehrfach attackiert und gestört. Die Armee hat zwar im März behauptet, sie habe die Bajaur Agency, wo sie im Sommer eine Großoffensive gestartet hatte, unter Kontrolle gebracht; Mitte April erklärten die Taliban dort jedoch, sie würden jetzt auch in Bajaur die Einführung ihrer Interpretation der "Scharia" durchsetzen – dazu gehört z.B. für Männer das Verbot, sich den Bart zu rasieren und für Frauen das Verbot, ohne einen männlichen Verwandten das Haus zu verlassen. Unabhängige Berichte gibt es nicht; die Diskrepanz der Ver-

lautbarungen lässt jedoch darauf schließen, dass die Armee weiterhin nicht in der Lage ist, Gebiete in der Grenzregion wirksam zu kontrollieren, selbst wenn sie sie einmal eingenommen hat.

Kein Frieden für Swat

Besonders über das malerische Swat-Tal wurde in den vergangenen Wochen viel berichtet und diskutiert. Unter den Kämpfen der letzten zwei Jahre zwischen Armee und Militanten dort hatte vor allem die Zivilbevölkerung zu leiden. Schätzungen zufolge sind inzwischen über ein Drittel der 1,5 Millionen Einwohner geflohen. Nachdem die Taliban de facto das gesamte Swat-Tal unter ihre Kontrolle gebracht hatten, kam es im Februar zu einem so genannten Friedensabkommen zwischen der Regierung und den Taliban über die Einführung der Scharia in Swat und angrenzenden Regionen. Der Deal wurde pro forma zwischen der Regierung der Nordwest-Grenzprovinz (zu der Swat gehört) und dem radikalen Geistlichen Sufi Muhammad geschlossen. Sufi Muhammads Schwiegersohn Maulana Fazlullah ist gegenwärtig Anführer der zu den Taliban gehörenden "Bewegung für die Einführung der Scharia" (TNSM) in der ehemaligen Tourismus-Hochburg. Die Taliban, die zuvor Mädchenschulen zerstört hatten und Mädchen verboten hatten, in die Schule zu gehen, willigten in dem Abkommen ein, dass sie zumindest bis zur fünften Klasse lernen dürften. Kritiker insbesondere von Menschenrechtsorganisationen warfen der Regierung vor, der *Peace Deal* sei in Wirklichkeit eine Kapitulation vor den Taliban. In den pakistanischen Medien wurde der Deal trotzdem von vielen begrüßt, die darin die einzige Chance für eine Befriedung der Region sahen. Im April verschob sich die Berichterstattung, als ein kontroverses Video auftauchte und von zahlreichen pakistanischen Fernseh-Sendern ausgestrahlt wurde. Darin ist die Auspeitschung einer schreienden jungen Frau durch Männer zu sehen. Es wurde gesagt, dass dieses Video aus Swat stamme und der Frau eine illegitime sexuelle Beziehung zu einem Mann vorgeworfen wurde. Während ein Taliban-Sprecher dies zunächst bestätigte und auch zugab, dass Taliban die Bestrafung durchgeführt hätten, bestritten die Taliban dies später und erklärten das Video für eine Fälschung, mit der versucht werde, das Friedensabkommen zu torpedieren. Im Anschluss an das Abkommen kam es bald erneut zu Streit zwischen der Regierung und den Extremisten um die Einhaltung

des vereinbarten Waffenstillstandes sowie um den Zeitpunkt der Scharia-Einführung: Während Präsident Zardari darauf verwies, dass er das entsprechende Gesetz erst nach Ende der Feindseligkeiten unterzeichnen werde, verlangte Sufi Muhammad Anfang April ultimativ die Einführung der Scharia und erklärte das ganze Abkommen für gescheitert. Inzwischen zeichnet sich ab, dass die Taliban sich regional nicht auf die Kontrolle in Swat beschränken wollen; Anfang April drang eine Gruppe Taliban von Swat aus in den benachbarten Distrikt Buner ein und konnten Berichten zufolge von Stammesmilizen nicht aufgehalten werden.

Neue Akzente in der US-Politik

Wie sich bereits im Wahlkampf angedeutet hatte, gehört Pakistan zu den außenpolitischen Prioritäten der Obama-Administration. Zur Befriedung Afghanistans verfolgt die Regierung eine integrierte Politik zu Pakistan und Afghanistan (auch unter dem Kürzel *AfPak* geläufig). Sie hat mit Richard Holbrooke einen erfahrenen Diplomaten als Sondergesandten für die Region nominiert, der sie regelmäßig bereist. Auch andere NATO-Länder haben daraufhin *AfPak*-Sonderbotschafter benannt, z.B. für Deutschland Bernd Mützelburg. Die Pakistan-Politik wird auch von den großen politischen Think Tanks in den USA ausgiebig diskutiert; so haben in letzter Zeit etwa der *Atlantic Council* und die *Asia Society* ausführliche Papiere zu Pakistan publiziert. Die neue Regierung bekennt sich stärker als die Bush-Administration zur Demokratie in Pakistan; sie setzt in Pakistan wie in Afghanistan darauf, „lokale“ Militante von Al-Qaida-Terroristen zu isolieren; und sie hat klar gemacht, dass die massive Hilfe der USA für Pakistan an Fortschritte bei der Bekämpfung der Extremisten geknüpft werden soll. Präsident Obama hat klar gestellt, dass er keine NATO-Truppen nach Pakistan entsenden will; aber die USA halten an der Strategie fest, mutmaßliche Al-Qaida-Ziele in Pakistan von unbemannten Drohnen aus unter Beschuss zu nehmen. Die regelmäßigen Drohnen-Angriffe werden von der pakistanischen Regierung weiterhin scharf kritisiert: Außenminister Qureshi sprach bei einem Besuch Richard Holbrookes in Islamabad im April von einem „Graben“ zwischen beiden Ländern in dieser Angelegenheit und beklagte sich über das fehlende Vertrauen, dass Pakistan alleine mit den Extremisten fertig werden könne. In der Tat häufen sich auch wieder öffentliche US-Stellungnahmen, wonach etwa die Taliban-Führung nach wie vor hervorragende Kontakte in den pakistanischen Geheimdienst ISI hinein unterhalte.

Wiedereinsetzung des Obersten Richters und innenpolitische Entspannung

In einer geradezu sensationellen innenpolitischen Kehrtwende musste die pakistanische Regierung im März die Wiedereinsetzung von Iftikhar Chaudhry als Obersten Richter am Supreme Court hinnehmen. Der als unabhängig geltende Chaudhry war zwei Jahre zuvor vom damaligen Präsidenten Musharraf geschasst worden. Musharraf musste ihn bereits im Sommer darauf wieder einsetzen, nachdem Anwälte und viele andere Bürger in einer landesweiten Kampagne wochenlang auf die Straßen gegangen waren; er setzte ihn bei der Ausrufung des Notstands im Herbst 2007 dann jedoch wieder ab – gemeinsam mit zahlreichen anderen Richtern, die jetzt auch alle wieder im Amt sind. Die demokratische Regierung der *Pakistan People's Party* (PPP) und Präsident Zardari zögerten die Wiedereinsetzung Chaudhrys nach ihrem Wahlsieg 2008 gegen alle Wahlversprechen zunächst immer wieder hinaus, wobei viel darüber spekuliert wurde, dass Zardari selber Angst davor habe, dass Chaudhry alte Korruptionsverfahren gegen ihn wieder aufrollen werde. Im Streit um die Unabhängigkeit der Justiz zerbrach im Sommer 2008 auch die Regierungskoalition zwischen PPP und der *Muslim-Liga* von Nawaz Sharif. Nawaz Sharif schloss sich den Anwälten in ihrer Kampagne für Chaudhry an. Im Februar 2009 urteilte das Oberste Gericht, dass Nawaz Sharif und sein Bruder Shahbaz keine politischen Ämter bekleiden dürften. Dadurch wurde Shahbaz Sharif automatisch als Ministerpräsident der wichtigsten Provinz Pandschab abgesetzt. Pandschab wurde unter *Governor's Rule*, d.h. Direkt-Verwaltung aus Islamabad, gestellt. Die Sharifs warfen Zardari vor, die Richter beeinflusst zu haben und riefen gemeinsam mit den Anwälten zu einem neuen Protestmarsch auf Islamabad auf. Die Regierung versuchte die Proteste zunächst mit harten Polizeimaßnahmen (wie Verhaftungen nach kolonialen Gesetzen, die sehr an die Praxis der Militär-Regierung erinnerten) in den Griff zu bekommen; doch als Nawaz Sharif den Sicherheitskordon um sein Haus durchbrach, verweigerte die Polizei im Pandschab den Gehorsam und die Regierung sah sich gezwungen, nachzugeben. Mittlerweile ist Shahbaz Sharif wieder Ministerpräsident des Pandschab, die Position von Präsident Zardari gilt als geschwächt (und die von Premier Gillani als gestärkt), es gibt eine Annäherung der beiden großen Parteien, die wieder über Koalitionen auf Landes- und Bundesebene verhandeln – vor allem aber gilt die Wiedereinsetzung Iftikhar Chaudhrys als Meilenstein für den Rechtsstaat in Pakistan und als Hoffnungsschimmer in einer von der Bedrohung durch die Taliban wie gelähmt erscheinenden Nation.